

DR. ANDREAS STARIBACHER

BUNDESMINISTER FÜR FINANZEN

WIEN, DEN

12. September 1995

GZ. 11 0502/329-Pr.2/95

An den
Herrn Präsidenten
des Nationalrates

XIX. GP.-NR
1705 /AB
1995 -09- 12

Parlament
1017 Wien

zu **1753 /J**

Auf die - aus Gründen der besseren Übersichtlichkeit in Kopie beigeschlossene - schriftliche parlamentarische Anfrage der Abgeordneten Hermann Böhacker und Genossen vom 14. Juli 1995, Nr. 1753/J, betreffend Abschaffung der Getränkesteuer und gleichzeitigem Ersatz über den Finanzausgleich zugunsten der Gemeinden, beehe ich mich folgendes mitzuteilen:

Zu 1. bis 3.:

Wie aus dem stenographischen Protokoll über die 41. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich der XIX. Gesetzgebungsperiode ersichtlich ist, bin ich bei meinen Ausführungen in der Debatte zur dringlichen Anfrage "Steuerpolitik gefährdet Wirtschaft" auf verschiedene in dieser Sitzung zuvor getätigte Äußerungen von Nationalratsabgeordneten der Freiheitlichen Fraktion eingegangen.

Im Zusammenhang mit der Diskussion über die Getränkesteuer möchte ich zur Begründung meines Standpunktes im besonderen auf die Aussage der Abgeordneten zum Nationalrat Anna Elisabeth Aumayr "Wieso sollen wir die Getränkesteuer kompensieren?" hinweisen.

Anlage



BEILAGE

- Aus gegebenem Anlaß stellen daher die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundesminister für Finanzen folgende

A N F R A G E

- 1.) Welchem Entschließungsantrag oder sonstigen parlamentarischen Initiativen der Freiheitlichen entnehmen Sie Ihre Behauptung, daß die Freiheitlichen bei Abschaffung der Getränkesteuer keinen Ausgleich zugunsten der Gemeinden über den Finanzausgleich vorsehen ?
- 2.) Für den Fall, daß Sie die Freiheitliche Abgeordnete Aumayr zitieren, die auf den Zwischenruf der ÖVP, wie sie die Getränkesteuer kompensierte, sinngemäß antwortete, daß dies Aufgabe der Regierung sei, ergibt sich allenfalls folgende Frage: Warum interpretieren Sie eindeutige Anträge der Freiheitlichen Opposition derart, daß aus dem Zusammenhang gerissene Äußerungen zum Zweck der Herabsetzung der Opposition ein höherer Stellenwert beigemessen wird, als die zugrundeliegenden Anträge selbst ?
- 3.) Welche Freiheitlichen Nationalratsabgeordneten haben gefordert, keine von den Kommunen finanzierte und erhalten Kindergärten, Kinderspielplätze, Sporteinrichtungen etc. haben zu wollen, wie Sie es bei der Debatte zur dringlichen Anfrage vom 22.06.1995 behaupteten ?

Wien, den 14.7.1995.